

Redebeitrag am Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus am 9.11.2015

Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.

So schlicht haben es die Väter und die wenigen Mütter des Grundgesetzes in die vorläufige Verfassung von Westdeutschland geschrieben.

Sie waren von den Erfahrungen des kriegerischen nationalsozialistischen Terrorregimes geprägt. Der Opfer dieses Regimes gedenkt Iserlohn in der Form dieses Mahnmals. Das Hakenkreuz ist zerbrochen dargestellt. Die Botschaft auf den Tafeln mit den Opfergruppen ist ein klares „NIE WIEDER“

Daran wollen wir uns an diesem Jahrestag der Brandstiftung an der Synagoge und der gewaltsamen Übergriffe gegen die Mitbürger jüdischen Glaubens und ihr Eigentum erinnern.

Niemand kann ernsthaft behaupten, dass die übrige Iserlohner Bevölkerung das Unrecht an den Juden auch in dieser Stadt nicht mitbekommen hat. Es wechselten die Besitzer von beliebten Geschäften, es wurden Wohnungen angeboten, Hausrat war billig zu haben. Der Weg in die Vernichtungslager verlief dort vorn lang zum Bahnhof.

Viele der von den Deutschen im Ungeist des deutschen Faschismus Getöteten und Misshandelten hätten gerettet werden können, wenn die Nachbarländer und nach deren militärischer Besetzung weiter entfernte Staaten zu einer offeneren Aufnahme bereit gewesen wären. Willy Brandt konnte zum Beispiel nur durch die Aufnahme in Schweden überleben. Ohne wäre die Entspannungspolitik und die Öffnung Deutschlands gegenüber Osteuropa nicht gelungen. Deutschland in der Zeit des Nationalsozialismus so viele Menschen verloren, von denen sicher viele nach dem Sieg der Alliierten über die deutsche Barbarei zurückgekehrt wären. Weil so viele Fachleuten fehlten, wurden zahlreiche Unterstützer des NS-Systems in verantwortliche Stellen berufen oder dort belassen. Hätte es mehr Exilanten gegeben, wäre es leichter gewesen das demokratische Deutschland aufzubauen.

Aus dieser Erfahrung und damit Deutschland ein sicherer Hort für Verfolgte wird, wurde das Asylrecht in das Grundgesetz geschrieben.

Ein Recht ist aber immer nur so viel wert, wie auch Belastungen durch seine Inanspruchnahme gemeistert werden. Als Anfang der 90er Jahre die Zahl von Asylsuchenden und Bürgerkriegsflüchtlingen besonders wegen des Bürgerkriegs in Jugoslawien anstieg, verübten Rechtsradikale in Deutschland massive gewaltsame rassistische Übergriffe und Brandanschläge gegen Migranten. Die Partei Die Republikaner erhielt verstärkten Zuspruch, aber auch bis in die CSU hinein wurde die Parole aufgegriffen, dass das Boot voll sei. Die Bundesregierung aus CSU/CDU und FDP gewann die SPD für eine die Verfassung ändernde Mehrheit für den so genannten Asylkompromiss. Trotz massiver Demonstrationen mit hunderttausenden Beteiligten für eine offene Republik wurde an den kurzen Satz von 1949 der lange Artikel 16a angefügt.

So wurden die sicheren Drittstaaten, das Flughafenverfahren und das restriktive Asylbewerberleistungsgesetz eingeführt. Wir von den Friedens- und Menschenrechtsgruppen mussten uns damals mit dem Aufkauf einiger entwürdigender Gutscheine beschäftigen, von denen keine für Asylbewerber wichtigen Waren und Dienstleistungen wie z.B. Buskarten, Telefonkarten, Briefmarken bezahlt werden konnten. Durch diese Aushöhlung des Asylrechts und die Beendigung der Kämpfe zwischen den aus Jugoslawien entstandenen Teilstaaten verringerten sich die Zahl der Asylsuchenden und Kriegsflüchtlinge in Deutschland. Die Auseinandersetzung darüber, ob Deutschland ein Einwanderungsland ist wurde auch weiter heftig geführt.

In den Folgejahren verschanzte sich Deutschland hinter seiner geographischen Lage, da es durch die neue Definition nur von sicheren Drittstaaten umgeben ist. Deutschland unterstützte aber materiell den Ausbau der Festung Europa. Nicht einmal aus Afghanistan wurden all die Menschen aufgenommen, die wegen ihrer Unterstützung des deutschen Militäreinsatzes dort gefährdet sind. Die Stellen in der Asylverwaltung wurden in Deutschland abgebaut.

Gleichzeitig war Deutschland nach den USA und Russland zusammen mit Frankreich und China seit vielen Jahren in der Spitzengruppe der Rüstungsexporteure. Die Bundesregierung verleugnet den Zusammenhang von Waffenlieferungen und Flucht. Wer weniger Flüchtlinge haben möchte, darf keine Waffen oder sogar Waffenfabriken z.B. nach Saudi-Arabien exportieren.

Die rassistisch motivierten Straftaten blieben in Deutschland durchgängig auch in den Jahren geringer Asylbewerberzahlen auf einem erschreckend hohen Niveau.

Die Abweisung von Flüchtlingen und die Versorgung derer die es unter Lebensgefahr über das Mittelmeer geschafft haben, wurde Spanien, Italien und Griechenland überlassen. Italien und Griechenland waren zunehmend mit der Zahl der Bürgerkriegsflüchtlinge überlastet, bekamen aber keine ausreichende Unterstützung.

Daran, dass aus dem Irak ein gescheiterter Staat geworden ist, hat sich Deutschland auch wegen des massiven Einsatzes der Friedensbewegung nicht beteiligt. Der Bürgerkrieg in Syrien schien weit weg und die Türkei, der Libanon und Jordanien wurden mit der Aufnahme von Millionen von Flüchtlingen weitgehend allein gelassen.

Meine Schulklasse sammelt seit 2013 durch Flaschenpfand Geld für UNICEF für die Versorgung von Kindern in Flüchtlingslagern in Jordanien. Die Weltgemeinschaft hat in der Zeit die Mittel so gekürzt, dass dort die vom UNHCR verteilten Essensrationen gekürzt werden mussten. Normalerweise wollen die Menschen in der Nähe ihrer Heimat bleiben, um nach dem Ende der Kämpfe ihre Häuser wieder aufzubauen. Erst wenn immer klarer wird, dass es für eine Lösung des Konfliktes im Heimatland keine Perspektive gibt, dann ziehen die Menschen, die es sich leisten können, weiter weg.

Das Dublin-Verfahren als Deutschland begünstigendes Abwehrsystem wurde zunehmend löcherig. So kamen ab 2013 wieder mehr Flüchtlinge bis nach Deutschland. Gleichzeitig erreichten uns die erschreckenden Nachrichten von immer mehr Toten im Mittelmeer. Nicht mal für das maßgeblich von Italien finanzierte Rettungsprogramm Mare Nostrum wurde genug Geld bereit gestellt. Statt dessen wurde wieder auf FRONTEX mit dem Schwerpunkt der Bekämpfung von Schleusern gesetzt. Zentraleuropa wollte sich nicht ausreichend mit den Flüchtlingen und den Fluchtursachen beschäftigen.

Nun erleben wir eine Bewährungsprobe für das deutsche Asylrecht. Die Flüchtlinge z.B. besonders aus Syrien, aber auch dem Irak und Afghanistan werden als Bürgerkriegsflüchtlinge aufgenommen. Damit steht ihnen eigentlich sofort das Recht zur Aufnahme von Arbeit zu. Das wird aber nicht gewährt. Statt dessen wird ihre große Zahl dazu genutzt politische Mehrheiten für mehr so genannte sichere Drittstaaten und beschleunigte Abschiebung zu gewinnen.

Aktuell droht Innenminister de Maizière Bürgerkriegsflüchtlingen aus Syrien, mit Begrenzung des Aufenthaltsrechtes auf ein Jahr und der Aussetzung des Rechtes auf Familienzusammenführung. Auch wenn er dann gleich wieder zurück rudert, ist diese Idee erst mal in der Diskussion und findet gleich Befürworter aus CSU und CDU. Von ihm stammt auch die völlig abwegige Idee nun auch Afghanistan zu einem sicheren Drittstaat zu erklären, weil es dort angeblich einige sichere Regionen geben soll. Nach seinen Vorstellungen ist dann die Abschiebung in diesen trotz Bundeswehreinsatz gescheiterten Staat möglich. Das Recht auf Asyl wird so weiter beschnitten. Das wird noch befördert durch die Uneinigkeit innerhalb der EU, deren innere Freizügigkeit zunehmend gefährdet wird. Dem müssen wir entgegen treten. Der Erhalt des Asylrecht erfordert eine faire Prüfung des individuellen Schicksals.

Gleichzeitig gibt es neben verständlichen Sorgen und Unsicherheiten ob wir die Aufnahme von so vielen Menschen schaffen, wieder mehr offenen Rassismus und brennende Flüchtlingsunterkünfte sogar in Altena. Politische Rattenfänger vom rechten Rand heizen die Stimmung an und versuchen ihre ausländerfeindlichen Parolen zu verbreiten. Im Internet kursieren die wildesten Gerüchte über angebliche Gefahren durch Flüchtlinge.

Jetzt ist es an uns allen, den offiziellen Stellen und dem demokratischen Teil der Zivilgesellschaft, die Aufnahme der Kriegsflüchtlinge so zu organisieren, dass beide Seiten einen Nutzen davon haben. Wenn wir jetzt in Bildung, Ausbildung und menschenwürdige Unterbringung investieren, haben wir und die Flüchtlinge etwas davon. Die Flüchtlinge, die bei uns bleiben können uns dabei helfen, unsere überalterte Gesellschaft aufzufüllen. Die, die später in ihre Heimat zurück gehen, können das bei uns erworbene Wissen und Können beim Wiederaufbau einsetzen.

2005 gab es noch 101.000 Iserlohner. Heute sind es nur noch 95.000. Und am Samstag stand noch in der Lokalzeitung dass es 2029 nur noch 83.000 Iserlohner geben würde, von denen ein erheblicher Anteil im Rentenalter sein wird, wenn keine erhebliche Zuwanderung junger Menschen stattfinden würde.

Iserlohn braucht folglich Zuwanderung. Ich möchte nicht erleben, dass ich im Alter keine Pflege bekommen kann, weil es hier nicht genug junge Iserlohner dafür gibt.

Damit die Integration gelingt, müssen wir den Neubürgern vorbehaltlos begegnen, ihre Talente kennen lernen und ihnen die bei uns geltenden Werte und Regeln nahe bringen, damit es möglichst wenige Missverständnisse gibt. So kann den rechtsradikalen Tendenzen der Nährboden entzogen werden. So kann das NIE WIEDER von diesen Mahntafeln mit Leben erfüllt werden. Stellen wir uns dieser Aufgabe. Wir in Iserlohn können das schaffen.

Detlev Paul
FriedensPlenum Iserlohn